

TOP 3.4.8 Wiener Budgetvoranschlag 2013

Einleitung:

Nach wie vor wird das Budget der Stadt Wien in Form eines Transferhaushaltes abgebildet. Dieses wird u.a. bei den diversen Ausgliederungen klar ersichtlich. Hier überträgt das Land Wien Aufgaben, die es bisher selbst erfüllt hat, auf einen Rechtsträger öffentlichen oder privaten Rechts. Es handelt sich dabei im Regelfall um eine neu geschaffene juristische Person, die in einem Nahverhältnis zum Land Wien steht. Die Aufgabenerfüllung unterliegt privatwirtschaftlichen Strukturen und Managementpraktiken bei gleichzeitiger Bindung an das Land. Tiefere Einblicke in diese Strukturen sind aus dem Budget heraus nicht möglich.

Einnahmen:

Die Einnahmen steigen gegenüber dem Vorjahr um rund 3,7% auf 11.851.430.000 EUR, die Ausgaben steigen um rund 3,3% auf 12.220.278.000 EUR. Administrativ ergibt sich ein Abgang von rund 368,9 Mio. EUR. Der Anteil der eigenen Steuern an den Gesamteinnahmen steigt gegenüber dem Vorjahr nominell um rund 175,7 Mio. EUR auf rund 1.329,8 Mio. EUR; prozentuell um 1,1 Prozentpunkte auf 11,2%. Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben werden nicht zuletzt im Hinblick auf die prognostizierten Wirtschaftsdaten um rund 299,3 Mio. EUR höher angesetzt und steigen auf rund 5.346,7 Mio. EUR, das sind rund 45,1% der Gesamteinnahmen (im Vorjahr: rund 44,3%). Die Einnahmen aus Gebühren steigen um rund 8,0 Mio. EUR auf 433,0 Mio EUR.

Der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen bleibt mit rund 3,7% gleich hoch wie im Vorjahr. Im Einzelnen entfallen auf:

	Mio. EUR
Wassergebühren	190,0
Müllbeseitigungsgebühren	243,0

Entwicklung ausgewählter Landes- und Gemeindeabgaben:

	VA 2012	VA 2013
Grundsteuer von den Grundstücken	104.000.000	105.000.000
Kommunalsteuer	660.000.000	720.000.000
Fremdenverkehrsabgaben	15.830.000	18.000.000
Vergnügungssteuern o. Zweckwidmung	67.000.000	60.000.000
Abgaben für den Gebrauch von öffentlichem Grund	135.000.000	150.000.000
Dienstgeberabgabe	22.000.000	60.000.000
Parkometerabgabe	72.000.000	138.717.000
Laufende Transferzahlungen v. priv. HH (Abgaben- u. Verwaltungsstrafen)	33.000.000	75.000.000

Die Einnahmen aus Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechtes, die im Vorjahr rund 140,5 Mio. EUR betragen haben, sinken um rund 13,7 Mio. EUR und erreichen rund 126,8 Mio. EUR, das sind rund 1,1 % der Gesamteinnahmen (Vorjahr: 1,2 %). Folgende Beiträge bzw. Zuschüsse werden geleistet (Auswahl):

	Mio. EUR
Zuschuss des Bundes für den Schutzwasserbau	4,1
Beitrag des Bundes für den U-Bahn-Bau	94,3

Bei den inneren Darlehen ist die Aufnahme von zinsfreien Darlehen für die Bezirke im Rahmen des Schulsanierungspaketes 2008 bis 2017 in der Höhe von 34,2 Mio. EUR vorgesehen.

Bei den sonstigen Einnahmen ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um rund 137,3 Mio. EUR auf rund 1.501,3 Mio. EUR. Der Anteil an den Gesamteinnahmen steigt um rund 0,8 Prozentpunkte auf rund 12,7%. Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus höheren Einnahmen aus Abgaben- und Verwaltungsstrafen, aus Entnahmen aus Rücklagen sowie aus der Rückzahlung von Darlehen und Bezugsvorschüssen.

Folgende Beiträge werden geleistet (Auswahl):

	Mio. EUR
Grundverkauf und -tausch	35,2
Einnahmen aus Verzinsung von Darlehen und Wertpapieren	57,8
Abgaben- und Verwaltungsstrafen	114,6
Einnahmen aus Rücklagen	168,9
Einnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen	228,5

Ausgaben:

Eine Gliederung der Gesamtausgaben zeigt nachstehendes Bild: 12.220.278.000 EUR (Voranschlag 2012: 11.829.039.000 EUR).

Bei den Leistungen für das Personal einschließlich der Pensionen und sonstigen Ruhebezüge des Magistrats ist bei einem Vergleich mit dem Vorjahr ein Anstieg von rund 62,3 Mio. EUR zu verzeichnen. Der prozentuelle Anteil an den Gesamtausgaben beträgt 18,5% (Vorjahr: rund 18,6%).

Für das Personal der Wiener Stadtwerke einschließlich des Pensionsaufwandes ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein nomineller Rückgang um rund 28,8 Mio. EUR auf rund 812,7 Mio. EUR, das sind rund 6,6% der Gesamtausgaben (Vorjahr rund 7,1%).

Die Anzahl der vollen Bezüge beträgt 69.933. In dieser Zahl sind auch 29.951 Dienstposten der Unternehmungen gemäß § 71 WStV und 11.108 Planstellen für LandeslehrerInnen enthalten. Der Dienstpostenplan des Magistrats umfasst 58.825 Stellen, in denen auch 700 volle Bezüge für die Sonderaktion für Menschen mit besonderen Bedürfnissen beinhaltet sind.

Die Ausgabengruppe der Ge- und Verbrauchsgüter und des Verwaltungs- und Betriebsaufwandes steigt im Vergleich mit dem Voranschlag 2012 um rund 36,8 Mio. EUR auf rund 1.464,8 Mio. EUR. Der Anteil an den Gesamtausgaben beträgt rund 12,0 % (Vorjahr ebenfalls rund 12,0 %).

Auf die einzelnen größeren Positionen entfallen folgende Beträge:

	Mio. EUR
Transporte	45,8
Energiebezüge	40,8
Instandhaltung	171,6
Miete und Pacht	74,4
Bezirksmittel	214,2
Zuweisung an die Bezirke für investive Maßnahmen	12,6

Bei den laufenden Transferzahlungen mit rund 4.811,3 Mio. EUR ergibt sich eine Steigerung um rund 450,7 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen sie rund 39,4% der Gesamtausgaben (Vorjahr: rund 36,8%). Mehr Mittel gegenüber dem Vorjahr wurden vor allem für Soziales (Bedarfsorientierte Mindestsicherung),

für die Dotation des Fonds Soziales Wien sowie für den Betriebskostenzuschuss und die Abgeltungen an den Wiener Krankenanstaltenverbund zur Verfügung gestellt. Es entfallen unter anderem auf:

	Mio. EUR
Soziales	492,6
Dotation Fonds Soziales Wien	828,9
Wohnbauförderung	186,5
Gesundheit	1.142,5
Betriebskostenzuschuss Wiener Linien	331,9
Betriebskostenzuschuss Wiener Krankenanstaltenverbund	1.172,7

Die Aufwendungen für den Schuldendienst, der im Vorjahr rund 542,0 Mio. EUR betragen hatte, sinken im Voranschlag 2013 auf rund 321, Mio. EUR, das sind anteilmäßig an den Gesamtausgaben rund 2,6% (Vorjahr: rund 4,6%). Auf die Tilgung entfallen rund 225,3 Mio. EUR und auf die Verzinsung rund 96,1 Mio. EUR. Der Gesamtschuldenstand der Stadt Wien per 31.12.2012 beträgt 4.341.195.000 EUR.

Im Folgenden werden die Ausgaben der einzelnen Gruppen (Auswahl) des ordentlichen Voranschlags 2013 dargestellt:

Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft:

Die Ausgaben steigen gegenüber dem Voranschlag 2012 um rund 106,0 Mio. EUR auf rund 1.828,0 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben rund 15,0% der Gesamtausgaben (Vorjahr: rund 14,6%). Wesentliche Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr sind auf Ansatz 2400, Kindergärten, bei den Personalkosten für den Ausbau von städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen und für das Projekt „Campus Hauptbahnhof Wien“ sowie auf Ansatz 2401, Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen, bei der Förderung im Rahmen des „Beitragsfreien Kindergartens“ veranschlagt.

Im Einzelnen:

	Mio. EUR	
	VA 2012	VA 2013
Kindergärten – Gesamteinnahmen	30,1	46,2
Kindergärten – Gesamtausgaben	353,5	393,44
Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen (Ausgaben)	235,4	256,2

Ferner stehen in dieser Aufwandsgruppe rund 7,7 Mio. EUR für die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik, rund 25,4 Mio. EUR für die Volksbildung, rund 21,0 Mio. EUR für die Büchereien, rund 4,1 Mio. EUR für die Modeschule, rund 3,1 Mio. EUR für die Förderung von Fachhochschulen und Fachhochschulstudiengänge, rund 0,7 Mio. EUR für die Stadt- und Landesbibliothek und rund 8,3 Mio. EUR für die Förderung von Forschung und Wissenschaft zur Verfügung.

Soziales, Wohlfahrt und Wohnbauförderung:

Die Ausgaben steigen gegenüber dem Voranschlag 2012 um rund 277,4 Mio. EUR auf rund 2.248,8 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben rund 18,4% der Gesamtausgaben (Vorjahr: rund

16,7%). Diese Steigerung ist vor allem auf eine höhere Dotation an den Fonds Soziales Wien sowie bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung zurückzuführen.

Bei der allgemeinen Sozialhilfe steigen die Ausgaben auf rund 544,0 Mio. EUR (Vorjahr: 443,0 Mio. EUR). Der größte Anstieg war hierbei bei den sonstigen laufenden Transferzahlungen an private Haushalte zu verzeichnen:

	Mio. EUR	
	VA 2012	VA 2013
Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts	350,6	446,1
Hilfe in besonderen Lebenslagen	23,4	24,0

Der Aufwand im Pflegekinderwesen für die derzeit in Pflege der Stadt Wien stehenden Kinder wird mit rund 126,4 Mio. EUR angenommen. Für familienfördernde Maßnahmen sind rund 8,7 Mio. EUR vorgesehen. Im Rahmen der Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten werden rund 7,9 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, davon rund 7,0 Mio. EUR für Förderungsmaßnahmen. Für Fördermaßnahmen im Bereich der Integration und Diversität werden rund 9,7 Mio. EUR veranschlagt. Im Vergleich zum Vorjahr werden im VA 2013 weniger Mittel für die Frauenförderung zur Verfügung gestellt.

Die Zuordnung der Ausgaben für die Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung in der Höhe von rund 619,8 Mio. EUR zeigt nachstehendes Bild:

	Mio. EUR	
	VA 2012	VA 2013
Förderung des Wohnbaues	56,1	55,7
Wohnbauförderung Neubau	284,1	342,2
Förderung der Wohnhaussanierung	208,6	216,0
Förderung nach dem Bundes-Sonderwohnbau-Gesetzen	3,9	2,6

Gesundheit:

Die Ausgaben steigen gegenüber dem Voranschlag 2012 um rund 9,0 Mio. EUR auf rund 1.435,7 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben rund 11,7% der Gesamtausgaben (Vorjahr: rund 12,1%). Beim Ansatz 5001, Gesundheitswesen, ist mit Ausgaben von rund 60,3 Mio. EUR zu rechnen. Davon entfallen Leistungen für Personal sowie Pensionen und sonstige Ruhebezüge rund 30,7 Mio. EUR und auf den Sachaufwand rund 29,6 Mio. EUR. Im Rahmen des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes für den insgesamt 68,1 Mio. EUR aufgewendet werden, ist unter anderem mit rund 54,0 Mio. EUR für den Personalstand inklusive Pensionen und sonstige Ruhebezüge, für diverse bauliche Maßnahmen mit rund 1,8 Mio. EUR und für die Anschaffung von Rettungsfahrzeugen mit rund 1,8 Mio. EUR vorgesorgt.

Der Ansatz, Zuschüsse an den Wiener Krankenanstaltenverbund, beinhaltet für den laufenden Betrieb 602,5 Mio. EUR an Transferzahlungen bzw. für den investiven Bereich 166,0 Mio. EUR. Für die Leistungen der Stadt Wien an Krankenanstalten anderer Rechtsträger sind für die Deckung des Betriebsabganges derselben rund 26,7 Mio. EUR präliminiert.

Wirtschaftsförderung:

Die Ausgaben steigen gegenüber dem Voranschlag 2012 um rund 5,1 Mio. EUR auf rund 133,0 Mio. EUR. Anteilsmäßig erreichen die Ausgaben rund 1,1% der Gesamtausgaben – wie auch im Vorjahr. Der in dieser Gruppe verrechneten Fremdenverkehrsförderung werden rund 19,5 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, davon rund 18,0 Mio. EUR für Förderungen aus dem Ertragnis der Ortstaxe. Für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft werden rund 3,0 Mio. EUR und für den Bereich,

Energieplanung, rund 2,0 Mio. EUR bereitgestellt. Im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsangelegenheiten werden für die weitere Aufschließung von Betriebsbaugebieten Mittel in der Höhe von rund 3,0 Mio. EUR vorgesehen.

Für die allgemeine Wirtschaftsförderung werden rund 83,3 Mio. EUR bereitgestellt. Davon entfallen unter anderem auf die Wiener Geschäftsstraßenförderung rund 1,2 Mio. EUR, auf technologische Großprojekte rund 10,7 Mio. EUR, auf wirtschaftliche Großprojekte rund 6,8 Mio. EUR und auf die Förderung aus der Parkometerabgabe und Ausgleichsabgabe nach dem Wiener Garagengesetz rund 33,1 Mio. EUR.

Für Wirtschafts- und Technologieentwicklung werden rund 0,4 Mio. EUR und für wirtschaftliche (Notstands-) Maßnahmen 21,0 Mio. EUR präliminiert.

AK-Forderungen zum Wiener Budgetvoranschlag:

1. Eine Weiterentwicklung des Wiener Rechnungswesens in Richtung einer integrierten Vermögens-, Finanz- und Erfolgsrechnung ist aus Gründen der Transparenz wünschenswert.
2. Solange für Kommunen wie Städte andere einnahmeseitige Finanzierungsquellen nicht forciert werden, sind Gebühren- und Abgabenerhöhungen oftmals die einzige Möglichkeit das Budget einnahmenseitig zu konsolidieren. Die AK fordert daher eine Modernisierung gemeindeeigener, vermögensbezogener Abgaben, wie Grundsteuer oder Umwidmungsabgabe.
3. Die AK fordert eine adäquate finanzielle Ausstattung zur Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastruktur. Sparbemühungen können dazu führen dass die Infrastruktur finanziell ausgedünnt wird.
4. Die AK fordert ausreichende finanzielle Mittel für den Wohnungsneubau zur Verfügung zu stellen. Zwar hat Wien – im Unterschied zu den anderen Bundesländern – die Zweckbindung der Wohnbauförderung nicht aufgehoben; trotzdem reichen die finanziellen Mittel nicht mehr aus, den notwendigen Wohnungsneubau zu finanzieren. Aktuelle Bevölkerungs- und Haushaltprognosen gehen in den nächsten Jahren von einem starken Zuwachs an privaten Haushalten aus. Dieser Zuwachs kommt aus der anhaltenden Zuwanderung (aus dem Ausland sowie auch aus den Bundesländern) als auch aus der Veränderung der Sozialstruktur (mehr Singlehaushalte).
5. Durchforstung der unterschiedlichen Förderschienen etwa im Bereich der Wirtschaftsförderung; hier herrscht nach wie vor das Gießkannenprinzip. Darüber hinaus bedarf es der Evaluierung der einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen hinsichtlich Zielgenauigkeit und Mitnahmeeffekte. An dieser Stelle weist die AK nochmals darauf hin, dass auch der industrielle Sektor in Wien – trotz zum Teil erheblicher Schrumpfung – für die Ökonomie der Stadt von großer Bedeutung ist. Auch hier sind innovative wirtschaftspolitische Strategien erforderlich, die auch ein Mehr an finanziellen Ressourcen benötigen werden, die ihre Bedeckung im Wiener Budget finden müssen.
6. Die Zunahme der kommunalen Verschuldung hat insbesondere einen Grund: die Bewältigung der Krise. Im Bundesländervergleich liegt Wien an sechster Stelle der Pro/Kopf/Verschuldung. Trotzdem fordert die AK, nicht nur aufgrund der neuesten Spekulationsvorkommnissen, dass auch Wien seine Risiken im Fremdkapitalmanagement verstärkt im Auge behält.
7. Die AK fordert ein Spekulationsverbot für Länder und Gemeinden